

Position

Demokratie bewahren und stärken

Adressat*innen:

- Ministerpräsidentin Malu Dreyer
- Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz
- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
- Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz

Zur Kenntnis:

- Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion der FDP im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz
- Mitgliedsverbände des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz
- Kooperationsorganisationen des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz

Die Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft steigt. Immer mehr Menschen in Deutschland sympathisieren mit rechtsextremistischen Parteien. Auch bei Wahlen. Politisch rechts motivierte Straftaten steigen.

Wir müssen aktiv werden! Politik und Zivilgesellschaft müssen sich stärker um den Erhalt unserer Demokratie bemühen.

Eine der Gemeinsamkeiten der Mitgliedsverbände des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz besteht darin, demokratisch aufgebaut zu sein und in ihrer Arbeit Kinder und Jugendliche beim Ein- und Ausüben demokratischer Prozesse zu begleiten.

„Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Sie bieten Räume an zum Lernen, Leben und zur selbstbestimmten politischen Wirksamkeit. Kinder- und Jugendverbände sind Experimentierfelder für die Partizipation junger Menschen. [...] Jugendverbände bieten also nicht nur die Möglichkeit zur Teilnahme an vorgeformten Aktivitäten, sondern fordern die aktive Mitgestaltung ein. Durch demokratische Gestaltung wird Demokratie erfahrbar“.¹

Um mit unserer Arbeit noch mehr junge Menschen erreichen zu können, fordern wir:

1. unbefristete Personalstellen für Politische Bildungsarbeit und für die politische Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen.
2. die Förderung des Landes im Rahmen der VV-JuFöG für Politische Bildungsmaßnahmen auf zehn Euro pro Tag und Teilnehmer*in zu erhöhen.
3. Gedenkstättenfahrten und Zeitzeug*innenbegegnungen zusätzlich analog zu Angeboten der Schulen pauschal zu fördern.
4. dass die Landesregierung mit uns gemeinsam die Mitglieder des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ für einen Fördertopf für Demokratiebildung für junge Menschen begeistert. Aus diesem Topf sollen Personal- und Sachmittel für Maßnahmen der

- Politischen Bildung abgerufen werden, ohne dass im Sinne des Landeshausaltsgesetzes eine Doppelförderung entsteht.
5. bestehende Maßnahmen der Politischen Bildung sowie die Förderung des Personals, um eine Sachkostenpauschale zu erweitern.
 6. dass die Landesregierung gemeinsam mit uns und anderen zivilgesellschaftlichen Träger*innen die Arbeit für unsere Demokratie intensiviert.

Begründung

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendringes Hamburg e. V. wurden 2023 vom Verfassungsschutz auf Extremismus überprüft.² Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 08. Oktober 2023 lieferten besorgniserregende Ergebnisse³ mit hohen Stimmzuwächsen für die Alternative für Deutschland (AfD). Die AfD versucht in Mainz ein rechtes Veranstaltungszentrum zu etablieren. Correctiv⁴, ein Rechercheportal, berichtet über ein heimliches Treffen Rechtsextremer, AfD- Mitglieder und Mitglieder der Werteunion mit CDU-Mitgliedschaft, Unternehmer*innen und weiterer Personen, wie zum Beispiel eines Vorstandsmitglieds im Verein Deutsche Sprache in Potsdam. Die Entwicklungen nehmen besorgniserregende Ausmaße an.

Seither sind Millionen Protestierende unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“ auf den Straßen und zeigen Haltung gegen rechts und für Vielfalt in unserer Gesellschaft und Demokratie.

Dennoch schwindet das Vertrauen gegenüber etablierten Parteien gesamtgesellschaftlich. Multiple Krisen wie die Kriege im Nahen Osten und der Ukraine, die Inflation, die Energiekostenexplosion, der Klimawandel, die Folgen der Corona-Pandemie sind nur einige Beispiele, die (Zukunfts-)Ängste schüren und in vielen Teilen der Gesellschaft sehr deutlich zu spüren sind.

Wir beobachten eine rapide voranschreitende Spaltung der Gesellschaft, die von populistischen Akteur*innen gezielt genutzt und instrumentalisiert wird, um Ideologien der Abwertung und Ungleichheit in der „Mitte der Gesellschaft“ zu implementieren.

Das lassen wir nicht zu! Wir stellen uns gegen jede Form von Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Jugendverbände sind demokratische Orte, an denen alle Menschen – unabhängig von Herkunft, körperlicher oder geistiger Einschränkung, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung etc. – ihre Persönlichkeit entwickeln, Bildung erfahren und Selbstständigkeit ausprobieren können.

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz tritt seit seiner Gründung 1948 konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sowie für eine demokratische, solidarische und friedliche Gesellschaft ein. Nationalistisches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut steht unseren Grundwerten und unseren Bemühungen um eine Gesellschaft, in der sich alle frei entfalten können und die gleichen sozialen und politischen Rechte genießen, völlig entgegen.

Wir fordern unbefristete Personalstellen für Politische Bildungsarbeit und für die politische Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen.

Politische (Jugend-)Bildung ist Bestandteil einer außerschulischen Bildung, die sich gegen Stereotypen richtet und Klischees, rechtsextremistisches Gedankengut und Antisemitismus und jede Form der Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpft.⁵

Wir als Jugendverbände leisten mit unseren (Politischen Bildungs-)Angeboten einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung einer demokratischen und

solidarischen Gesellschaft, gegen eine Radikalisierung junger Menschen und gegen eine weitere Erosion demokratischer Einstellungen und Strukturen. Wir bieten Kindern und Jugendlichen einen ernsthaften Dialog an, mit Auseinandersetzungen, Streit, Kompromissfindung und gemeinsamen Lernen, geprägt von Offenheit, Respekt und Wertschätzung. Demokratisches Handeln wird somit eingeübt, Selbstwirksamkeit erfahren und der vermeintlichen Alternativlosigkeit etwas entgegengesetzt. Gesellschaftliche und politische Zusammenhänge werden vermittelt und wirken somit effektiv den scheinbar einfachen Lösungsangeboten rechter Parteien und Gruppierungen entgegen. Diese Arbeit benötigt mehr hauptamtliches Personal.

Die Präsenz von rechtspopulistischen Parteien auf Instagram, TikTok, YouTube, Facebook und Co., inklusive der Accounts der jeweiligen Landes- und Spitzenverbände, ist besorgniserregend. Die Anonymität im Netz macht es leicht, menschenverachtende und demokratiefeindliche Inhalte zu veröffentlichen. So kommunizieren rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien online offen ihren Hass. Erschreckend ist, dass die AfD im Parteienvergleich in den verschiedenen sozialen Netzwerken fast überall die höchste Follower*innenzahl hat und diese Reichweite zur Verbreitung von Falschinformationen und Verschwörungstheorien nutzt. Deutlich wurde dies in den jüngsten Sozialen Netzwerk-Beiträgen der AfD zu den Demonstrationen gegen Rechts.^{6 7}

Es benötigt Zeit, Personal um das Wissen um aktuelle Trends auf dem Laufenden zu halten. Wir müssen uns mit den Dynamiken in den sozialen Netzwerken und mit den Narrativen rechtsextremistischer Akteur*innen beschäftigen. Nur so können wir rechtsextreme Akteur*innen in den sozialen Netzwerken entlarven und Kindern und Jugendlichen helfen, die digitalen Inhalte kritisch zu beurteilen.

In unserer pädagogischen Verpflichtung für Kinder und Jugendliche spüren wir diese Entwicklungen und besonders unsere Verantwortung, dagegen etwas zu tun. Wir, als Jugendverbände, gehen gegen populistische Kommunikationsstrategien vor, mit dem Wissen, dass es sowohl konkretes Handwerkszeug als auch Unterstützung und Beteiligung von Fachkräften braucht, um rechtspopulistische Argumentationen effektiv begegnen zu können. Jedoch leiden viele Aktive, die sich in diesem Feld engagieren, auf allen Ebenen unter einer strukturellen Unterfinanzierung. Dies spiegelt sich in niedrig angesetzten Projektmitteln, kurzen Projektlaufzeiten und reduzierten Stellenanteilen wider oder in der Erwartung, dies „einfach so“ zusätzlich zu machen.

Um Wissen aufzubauen und strategisch zu arbeiten, werden nachhaltig finanzierte Strukturen benötigt. Wir müssen uns mit den Funktionsweisen in den sozialen Netzwerken und mit den Narrativen rechtsextremistischer Akteur*innen beschäftigen, um diese zu entlarven und Kindern und Jugendlichen zu helfen, die digitalen Inhalte kritisch zu beurteilen. Es bedarf eines entschlossenen Auftretens der Politik und gut vernetzte, mit ausreichend, langfristig sicheren Mitteln ausgestattete Handelnde der Zivilgesellschaft, um dem Rechtsruck in der Bevölkerung wirksam entgegentreten zu können.

Wir fordern, die Förderung des Landes im Rahmen der VV-JuFöG für Politische Bildungsmaßnahmen auf zehn Euro pro Tag und Teilnehmer*in zu erhöhen.

Die Zuschüsse für politische Bildung in der Jugendarbeit sind seit Einführung des Euro nicht erhöht worden. Sie verbleiben damit auf dem Stand von 2002. Damit wird der aktuellen Kostenentwicklung in keiner Weise Rechnung getragen.

Wir Jugendverbände planen durchdachte und gut vorbereitete Lernangebote, wir entwickeln diese gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen. Wir bieten gezielte Angebote mit

aufklärenden, thematischen und projektbezogenen Ansätzen, wählen motivierende Lernformen aus, die historisch-politisches Lernen intendieren, wie beispielsweise Besuche in Gedenkstätten. Wir konzentrieren uns nicht allein auf engagierte Jugendliche, sondern schauen ebenso auf die Jugendlichen, die eher am Rand stehen, passiv sind, sich entziehen oder auch „stören“. Wir fordern, wie schon seit Jahren, den Tagessatz für Politische Bildungsmaßnahmen auf zehn Euro pro Tag und Teilnehmer*in zu erhöhen.

Wir fordern, Gedenkstättenfahrten und Zeitzeug*innenbegegnungen zusätzlich analog zu Angeboten der Schulen pauschal zu fördern.

Wir unterstützen das Vorhaben von Frau Bildungsministerin Hubig, in politische Jugendbildung zur Demokratiebildung zu investieren. Insbesondere nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 und dem folgenden Anstieg antisemitischer und antizionistischer Gewalt in Deutschland, kann die Bedeutung der politischen, wie historischen Bildung kaum zu hoch eingeschätzt werden. Diese findet allerdings nicht nur in der Schule statt! Auch wir Jugendverbände führen eine Vielzahl von Gedenkstättenfahrten und Maßnahmen der politischen Bildung durch.

Die Förderung für Projektfahrten, die Schulen erhalten, bekommen Jugendverbände nicht.⁸ Wir fordern Frau Ministerin Hubig auf, unsere Gedenkstättenfahrten und Zeitzeug*innenbegegnungen, genauso wie die der Schulen, durch einen pauschalen Zuschuss zu den Kosten zu unterstützen.

Wir fordern, dass die Landesregierung mit uns gemeinsam die Mitglieder des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“⁹ für einen Fördertopf für Demokratiebildung begeistert. Aus diesem Topf sollen Personal- und Sachmittel für Maßnahmen der Politischen Bildung abgerufen werden, ohne dass im Sinne des Landeshaushaltsgesetzes eine Doppelförderung entsteht.

Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Malu Dreyer möchte das Bündnis „Demokratie gewinnt!“ dazu beitragen, die Lern- und Lebensorte von Kindern und Jugendlichen demokratisch und partizipativ zu gestalten, damit sie von klein auf demokratische Haltungen und Kompetenzen erwerben können. Das Bündnis zählt aktuell 82 Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Bereichen. In verschiedenen Arbeitsgruppen werden die Themen des Bündnisses beraten und Strategien für die gemeinsamen Anliegen entwickelt.¹⁰

Wir schlagen eine Beratung zur Förderung der Personalkosten für jugendpolitische Bildungsmaßnahmen durch die Mitglieder des Bündnisses vor. Wir plädieren für eine faire, solidarische Aufteilung der Kosten unter den Mitgliedern.

Durch eine Förderung von Personalkosten und Sachkosten für Projekte und Organisationen im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus könnte das Bündnis „Demokratie gewinnt“ einen entscheidenden Beitrag leisten, um den aktuellen Herausforderungen gerecht werden zu können.

Jugendverbände und Organisationen wie das Netzwerk für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz, das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus inklusive der Beratungsknoten und weiterer Initiativen in Rheinland-Pfalz könnten durch zusätzliche personelle und finanzielle Unterstützung ihre wertvolle Arbeit intensivieren.

Wir fordern, bestehende Maßnahmen der Politischen Bildung sowie die Förderung des Personals, um eine Sachkostenpauschale zu erweitern.

Für unsere politischen Bildungsmaßnahmen wenden wir weit mehr Gelder auf als wir gefördert bekommen. Jede Bildungsmaßnahme wird bisher mit sieben Euro pro Tag pro teilnehmende Person gefördert – allerdings sind mit diesem Fördergeld in der Regel weder Eintrittsgelder, Verpflegung noch Reisekosten gedeckt. Diese Kosten trägt der Jugendverband oder sie müssen auf die Teilnehmenden umgelegt werden. Die politische Bildung und Partizipation einkommensschwacher Jugendlicher wird damit aktiv durch die Förderbedingungen behindert. Wir fordern eine Sachkostenpauschale, die mit Unterstützung der Verbände berechnet wird, um den tatsächlichen Kosten einer politischen Bildungsmaßnahme näher zu kommen.

Wir fordern, dass die Landesregierung gemeinsam mit uns und anderen zivilgesellschaftlichen Träger*innen die Arbeit für unsere Demokratie intensiviert.

Bereits auf seiner 109. Vollversammlung im Jahr 2016 forderte der Landesjugendring Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu erstellen. Inzwischen gibt es ihn.¹¹

Ein Landesaktionsplan stellt die Grundlage für ein Landeskonzept im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus dar, in dem die bereits vorhandenen Aktivitäten des Landes zusammengeführt werden. Eine solche Gesamtstrategie umfasst alle beteiligten Aktiven, um dem Rechtsruck in der Gesellschaft entschieden und umfassend entgegenzutreten zu können. Der Landesaktionsplan muss auf kontinuierliche Primärprävention im Kontext Rechtsextremismus sowie auf politische Jugendbildung setzen und den Akteur*innen ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen. Wir fordern die Landesregierung auf, dieser Verantwortung nachzukommen.

Wir fordern die rheinland-pfälzischen Politiker*innen auf, in politischen Debatten und gesellschaftlichen Diskussion allen Formen von Rassismus, Nationalismus und Rechtspopulismus entschieden entgegenzutreten, sich auf die verfassungsmäßigen Grundrechte zu besinnen, sich für Demokratie und die freiheitlich demokratische Grundordnung stark zu machen.

Mit dem hier vorliegenden Antrag möchte der Landesjugendring Rheinland-Pfalz einen Beitrag zur Diskussion über die Weiterentwicklung der (jugend-)politischen Bildung und somit zur Stärkung unserer Demokratie leisten.

Mit drei Enthaltungen beschlossen durch die 117. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz e. V. am 06. April 2024 in Osthofen.

¹ Landesjugendring Rheinland-Pfalz. Demokratie(-bildung) stärken – ein zentraler Auftrag für die Jugendarbeit, Beschluss der 111. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 21.04.2018. Abrufbar unter:

<https://www.ljr-rlp.de/Medien/hauptsammlung/dokumente/download-center/beschluesse-positionen/beschluesse-der-vollversammlung/111-vv-2018/f/demokratiebildung>

² Landesjugendring Hamburg e.V.: Engagierte junge Menschen unter Generalverdacht <https://www.ljr-hh.de/index.php?id=2425> (zuletzt aufgerufen am 19.12.2023).

³ Landtagswahlen 2023. Ergebnis der Landtagswahl in Hessen und Bayern am 8. Oktober 2023 <https://wahlen.hessen.de/landtagswahlen/ergebnisse-2023> und <https://www.bayern.landtag.de/parlament/> (zuletzt aufgerufen am 19.12.2023).

⁴ Correctiv.org. Geheimplan gegen Deutschland, Artikel vom 10.01.2024

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (zuletzt aufgerufen am 23.02.2024).

⁵ Vgl. Hafeneger, Benno (1991): Rechtsextremismus: Herausforderung für Pädagogik, Jugendarbeit und Schule, in: Christoph Butterwegge/ Horst Isola (Hg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen/Berlin, S. 151-157.

⁶ Zeit Online. AfD beklagt angebliche Mordaufrufe bei Demonstrationen, Artikel vom 23.01.2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/afd-proteste-rechtsextremismus-mordaufrufe> , Aufruf 23.01.2024. (zuletzt aufgerufen am 22.02.2024).

⁷ Frankfurter Rundschau. Falsche Vorwürfe gegen Medien – Höcke verbreitet Fake-News über Proteste gegen Rechts, Artikel vom 23.01.2024. <https://www.fr.de/politik/rechts-demonstrationen-vorwuerfe-medien-bjoern-hoecke-fake-news-proteste-gegen-zr-92788323.html> (zuletzt aufgerufen am 22.02.2024).

⁸ Förderung von Gedenkstättenfahrten und Zeitzeugenbegegnungen

<https://gewaltpraevention.bildung-rp.de/historisch-politische-bildung/foerderung-von-gedenkstaettenfahrten.html> (zuletzt aufgerufen am 19.12.2023).

⁹ Rund 90 Organisationen aus Rheinland-Pfalz engagieren sich im Bündnis „Demokratie gewinnt!“ dafür, junge Menschen frühzeitig an Demokratie, Beteiligung und freiwilliges Engagement heranzuführen.

¹⁰ Bündnis „Demokratie gewinnt!“. Demokratie lernen, leben und gestalten in Rheinland-Pfalz

<https://demokratie-gewinnt.rlp.de/> (zuletzt aufgerufen am 19.12.2023).

¹¹ Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz. Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, abrufbar unter:

<https://mffki.rlp.de/themen/demokratie/landesaktionsplan-gegen-rassismus-und-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit> (zuletzt aufgerufen am 22.02.2024).